

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MIP 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 9. Dezember 1987

Blatt 2645

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Weihnachtsfeiern für einsame Menschen (2646/FS: 8.12.)
- Steffl-Bier spendet eine halbe Million für den „Steffl“ (2647/FS: 8.12.)
- Zwei neue Anschlüsse für Radweg Ring-Rund (2648)
- Mit Schnee-Erzeugung auf der Hohen-Wand-Wiese begonnen (2648)
- Die neuen Mitglieder des Wiener Stadtsenats (2650/2651)
- Teile der Gebrauchsabgabe sollen erhöht werden (2652)
- Wiener Gemeinderat — Budgetdebatte (2653-2658/2660ff)
- Wiener Landtag (2659)
- Vortrag: Rumänische Fürsten in Wien (nur FS/8.12.)
- Kleinkind in Wohnung verbrannt (nur FS)
- Zwei schwere Straßenbahnunfälle (nur FS)

Bezirke:

- Änderung eines Flächenwidmungsplanes in Mariahilf (2648)

Kultur:

- Türme auf dem Donauturm (2649)

Weihnachtsfeiern für einsame Menschen

Wien, 8.12. (RK-LOKAL) Weihnachten sollte niemand allein verbringen müssen. Die Stadt Wien veranstaltet auch 1987 Weihnachtsfeiern für einsame und alleinstehende Menschen. In Pensionistenklubs und Häusern der Begegnung gibt es am Heiligen Abend Veranstaltungen, für die man sich bis 18. Dezember beim zuständigen Sozialreferat, der Bezirksvorstehung oder den Pensionistenklubs anmelden kann. Wer sich nicht vorher anmelden möchte, kann trotzdem nach Maßgabe freier Plätze an einer der Feiern teilnehmen.

Geöffnet haben am Heiligen Abend:

2, Praterstern, 1, Haus der Begegnung	15 bis ca. 18 Uhr
6, Königseggasse 10, Haus der Begegnung	ab 14 Uhr
7, Hermannsgasse 24, Pensionistenklub	14 bis ca. 16 Uhr
8, Lerchenfelder Straße 4, Pensionistenklub	ab 16 Uhr
10, Gußriegelstraße 52, Pensionistenklub	15 bis ca. 18 Uhr
11, Enkplatz 2, Pensionistenklub	ab 15 Uhr
12, Meidlinger Hauptstraße 4, Pensionistenklub	14 bis ca. 19 Uhr
13, Faistauergasse 68, Pensionistenklub	ab 15 Uhr
14, Penzinger Straße 150, Pensionistenklub	ab 15 Uhr
15, Nobilegasse 33-35, Pensionistenklub	15 bis ca. 17 Uhr
18, Weimarerstraße 8-10, Pensionistenklub	15 bis ca. 18 Uhr
20, Leithastraße 29-33, Pensionistenklub	15 bis ca. 17 Uhr
21, Jedleseer Straße 66-94, Pensionistenklub	14 bis ca. 19 Uhr
22, Viktor-Kaplan-Straße 6-8, Pensionistenklub im Pensionistenheim „Sonnenhof“	ab 15 Uhr

(Schluß) jel/gg

Bereits am 8. Dezember 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Steffl-Bier spendet eine halbe Million für den „Steffl“

Wien, 8.12. (RK-LOKAL) Rund 500 „Steffl-Wirte“ aus ganz Wien haben sich drei Monate in den Dienst der Aktion „Rettet den Stephansdom“ gestellt. Die Gäste der „Steffl-Wirte“ haben rund 150.000 Schilling gespendet. Dieser Betrag wurde von der Schwechater Brauerei auf 500.000 Schilling aufgestockt. Die Übergabe des Spendenbetrages erfolgte im Gasthof Wildenauer im 10. Bezirk, in diesem Lokal wurde am meisten gespendet. Brau-AG-Generaldirektor Dr. BEURLE übergab den Scheck über eine halbe Million Schilling an Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Prälat Franz STUBENVOLL, der in Vertretung des Wiener Erzbischofs anwesend war. Bürgermeister Zilk betonte, daß es bei der Aktion zur Rettung des Stephansdomes nicht allein um das Geld gehe, auch die Identifikation der Bevölkerung mit diesem österreichweiten Symbol sei wichtig. Mit dem derzeit verfügbaren Spendenbetrag seien die Bauarbeiten für die nächste Zeit gesichert. Die Aktion, aus der bereits so etwas wie eine Bewegung geworden sei, sagte Zilk, müsse aber von der Zielsetzung her noch über lange Zeit fortgesetzt werden. (Schluß) vb/gg

Bereits am 8. Dezember 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Zwei neue Anschlüsse für Radweg Ring-Rund

Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Am Donnerstag, dem 10. Dezember, erhält der Ring-Rund-Radweg zwei neue Anschlüsse. Eine neue Verbindung mündet im Bereich der Stadiongasse beim Parlament in den Radweg, ein zweiter neuer Anschluß vom Straßennetz zum Ring-Rund-Radweg entsteht im Bereich der Weihburggasse beim Hotel Marriot. (Schluß) ger/gg

Änderung eines Flächenwidmungsplanes in Mariahilf

Wien, 9.12. (RK-BEZIRKE) In unmittelbarer Nachbarschaft des Raimundtheaters im 6. Bezirk ist für den Ausbau der Volksschule und des Kindertagesheims eine Grundfläche für öffentliche Zwecke ausgewiesen. Auf Grund der Bevölkerungsentwicklung ist dieser Ausbau nicht notwendig. Die derzeit reservierte Grundfläche soll daher um die Liegenschaften Strohmayergasse 2 und 6-8 verringert werden. Der Entwurf für die Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ist vom 10. Dezember 1987 bis 7. Jänner 1988 während der Dienststunden (Montag bis Freitag 8 bis 15.30 Uhr, Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der MA 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme aufgelegt. (Schluß) end/gg

Mit Schnee-Erzeugung auf der Hohen-Wand-Wiese begonnen

Wien, 9.12. (RK-LOKAL) Mittwoch früh wurde mit der Schnee-Erzeugung auf der Hohen-Wand-Wiese in Mauerbach begonnen. Bei anhaltend tiefen Temperaturen ist mit dem Schibetrieb bereits am Wochenende zu rechnen. (Schluß) hof/rr

Türme auf dem Donauturm

Von Turm zu Turm auf dem Donauturm

Wien, 9.12. (RK-KULTUR) Architektur fasziniert den 1923 in Wien geborenen Maler Kurt REGSCHEK, der als nächster auf dem Donauturm ausstellt. Da Kirchtürme zu den Lieblingsmotiven des Künstlers zählen, ist ein Turm ein durchaus adäquater Ausstellungsort. Regscek zeigt Radierungen und Aquarelle.

Kurt Regscek studierte in München und Paris. Bisher stellte der Künstler in Österreich, Deutschland, Frankreich, Italien und New York aus. Er erhielt den Förderpreis der Stadt Wien, den Dr.-Theodor-Körner-Preis und den Hugo-von-Montfort-Preis.

Kurt Regschecks Bilder sind bis 22. Dezember 1987 in beiden Restaurants des Donauturms zu sehen. (Schluß) red/gg

Die neuen Mitglieder des Wiener Stadtsenats

Günther Sallaberger (SPÖ) – Amtsführender Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal

Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Günther Sallaberger wurde 1940 in Peuerbach, Oberösterreich, geboren. Die Volks- und Hauptschule besuchte er in Peuerbach. 1956 kam Sallaberger nach Wien und lernte den Beruf des Messer- und Feinzeugschmiedes. 1958 legte er die Facharbeiterprüfung mit Auszeichnung ab. Nach einer zweijährigen Tätigkeit als Former und Gießer bei den VEW in Wien trat er 1960 in den Dienst der Wiener Gebietskrankenkasse, wo er sich vom Amtsgehilfen bis zum qualifizierten Mitarbeiter im Rechnungsdienst emporarbeitete.

1966 wurde er Sekretär im Verbandssekretariat der Sozialistischen Jugend Österreichs. 1968 Erster Sekretär im Österreichischen Bundesjugendring. 1971 wechselte Sallaberger als Zentralsekretär-Stellvertreter in den Freien Wirtschaftsverband Österreichs.

Seine politische Tätigkeit hatte Sallaberger 1956 als Funktionär der Österreichischen Gewerkschaftsjugend der Metall- und Bergarbeiter begonnen. 1958 wurde er Bezirksobmann der SJ-Landstraße, 1962 Mitglied des Wiener Landesvorstandes der Sozialistischen Jugend und 1969 Mitglied des Bezirksvorstandes der SPÖ-Landstraße. 1973 wurde Günther Sallaberger erstmals in den Wiener Landtag und Gemeinderat gewählt, seit 1981 ist er Landespartei sekretär der Wiener SPÖ, und von September 1984 bis Dezember 1987 war er Erster Landtagspräsident.

Christine Schirmer SPÖ – Amtsführender Stadtrat für Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

Christine Schirmer, geborene Schillhammer, wurde 1938 in Wien geboren. Nach dem Besuch der Volks- und Hauptschule absolvierte sie eine kaufmännische und fototechnische Lehre und schloß diese Ausbildung 1956 mit der Handelskammerprüfung ab. Anschließend fuhr Christine Schirmer für zweieinhalb Jahre nach Großbritannien und arbeitete dort als Haushaltshilfe.

Nach ihrer Rückkehr nach Wien 1959 übte sie den Beruf einer kaufmännischen Angestellten aus. 1960 heiratete sie und war nach der Geburt des ersten sowie des zweiten Kindes als Hausfrau tätig. 1964 trat sie wieder ins Berufsleben.

Ebenfalls 1964 wurde Christine Schirmer Mitglied der Sozialistischen Partei Österreichs. 1971 wurde sie zur Frauenleiterin der Sektion 4 der SPÖ-Penzing und im selben Jahr auch zur Schriftführerin des Bezirksfrauenkomitees gewählt.

Seit 1973 ist Christine Schirmer außerdem Vorsitzende-Stellvertreterin des Bezirksfrauenkomitees und Mitglied des Bezirksvorstandes der SPÖ-Penzing.

1973 wurde sie in die Penzinger Bezirksvertretung gewählt, der Christine Schirmer bis zu ihrer Wahl zur Gemeinderätin im November 1979 — als Nachfolgerin von Johanna Dohnal — angehörte.

Als Gemeinderätin war Christine Schirmer Mitglied verschiedener Ausschüsse sowie mehrere Jahre hindurch Ombudsfrau für die Krankenpflegeschülerinnen.

Im Februar 1987 wurde Christine Schirmer — als erste Frau in dieser Position — Vorsitzende des Finanzausschusses des Wiener Gemeinderats. In den Wiener Vorstand sowie in den Bundesparteivorstand der SPÖ wurde Christine Schirmer ebenfalls 1987 gewählt.

Christine Schirmer arbeitete außerdem ab 1976 bis zu ihrer Berufung zur Stadträtin 1987 als Geschäftsführerin des Vereins Wiener Sozialdienste.

Dr. Ursula Pasterk (SPÖ) – Amtsführender Stadtrat für Kultur

Dr. Ursula PASTERK wurde 1944 in Oberösterreich geboren. Sie besuchte die Volksschule und das Bundesrealgymnasium in Steyr und studierte an-

schließlich an der Universität Wien. Sie promovierte 1970 mit einer Dissertation über „Das Phänomen der Utopie im Denken Ernst Blochs“.

Ab 1970 arbeitete Dr. Pasterk für den ORF mit den Schwerpunkten Gesellschafts-, Bildungs- und Kulturpolitik.

1972 wechselte sie als Redakteurin zum Nachrichtenmagazin „profil“.

Für ihre journalistischen Leistungen erhielt sie 1973 den Dr. Karl Renner-Preis und 1974 den Österreichischen Staatspreis für journalistische Leistungen im Interesse der Jugend. 1979 wurde sie vom damaligen Kulturstadtrat Dr. Helmut ZILK als kulturpolitische Beraterin geholt. Sie wurde Mitglied des Direktoriums der Wiener Festwochen und initiierte zahlreiche Neuerungen im Wiener Kulturleben, von den Literaturwochen bis zum „Stadtkino“, von Avantgarde-Festivals bis zu alternativen Bezirks-Kultur-Veranstaltungen.

1983 wechselte Pasterk mit Zilk in das Bundesministerium für Unterricht und Kunst.

Im November 1984 wurde Dr. Ursula Pasterk zur Intendantin der Wiener Festwochen bestellt.

Ing. Günther Engelmayer (ÖVP) – Stadtrat

Ing. Günther Engelmayer wurde 1941 in Wien geboren. Nach der Volksschule und der Unterstufe des Realgymnasiums besuchte er die Fachschule für Maschinenbau, die er mit dem Lehrabschluß beendete. Im Anschluß daran legte er an der HTL für Maschinenbau im TGM 1961 die Reifeprüfung ab.

1961 bis 1967 war Engelmayer als Meß-, Regel- und Eichtechniker tätig und wurde 1967 Technischer Amtssachverständiger im Handelsministerium. Von 1973 bis 1980 war er Leiter des Umweltreferates in diesem Ministerium. 1980 wurde Günther Engelmayer Leiter des Büros des ÖGB-Vizepräsidenten. Engelmayer absolvierte die Verwaltungsakademie des Bundes und legte die Dienstprüfung für den höheren Wirtschaftsdienst im Bundeskanzleramt ab.

Seine gewerkschaftliche Laufbahn begann er 1971 als Obmann des Zentralausschusses im Handelsministerium. 1973 wurde er Vorstandsreferent der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst.

Seit 1980 ist er Bundessekretär der Fraktion Christlicher Gewerkschafter im ÖGB.

Stadtrat Günther Engelmayer wurde 1983 erstmals in den Wiener Landtag und Gemeinderat gewählt.

Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz (FPÖ) – Stadtrat

Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ, geboren 1944 in Wien, ist das erste FPÖ-Mitglied des Wiener Stadtsenates in der Zweiten Republik.

Rainer Pawkowicz maturierte 1962 in Wien, studierte anschließend Architektur an der Technischen Universität Wien (Diplomingenieur) und promovierte an der Technischen Universität in Graz zum Doktor der Technischen Wissenschaften über „Internationale Entwicklung und Tendenzen bei Bauten für Wissenschaft und Forschung“.

Dr. Pawkowicz war Leiter der Bauabteilung der österreichischen Akademie der Wissenschaften. 1986 wurde Dr. Pawkowicz mit der Leitung der Abteilung für internationale Fremdenverkehrsangelegenheiten im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten betraut.

Bereits als Student war Dr. Pawkowicz politisch tätig. 1968 bis 1970 war er Vorsitzender des Ringes Freiheitlicher Studenten. 1973 wurde er zum FPÖ-Bezirksparteiobmann des 15. Bezirkes gewählt. 1975 wurde er stellvertretender Landesparteiobmann der Wiener FPÖ. Seit 1978 gehört er dem Wiener Landtag und Gemeinderat an, wo er sich vor allem in den Bereichen Stadtplanung, Verkehr und Energie, Bauten, Umwelt und Kultur engagiert. (Schluß) red/gg/rr/bs

Telle der Gebrauchsabgabe sollen erhöht werden

Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In der heutigen Landtagssitzung wurde Mittwoch nachmittag ein Initiativantrag der SPÖ eingebracht, der eine Erhöhung der Gebrauchsabgabe von drei auf sechs Prozent für bestimmte Nutzungen des öffentlichen Gutes vorsieht. Davon betroffen sind Unternehmen, zu deren Betrieb eine ausgedehntere Inanspruchnahme von Grundstücken erforderlich ist — z. B. bei Schienenbahnen, Freileitungen, unterirdischen Einbauten und dergleichen.

Die Erhöhung von Teilen der Gebrauchsabgabe wird zweifach begründet: Zum einen bewirke das 3. Abgabenänderungsgesetz des Bundes eine Verschiebung des Finanzausgleichsgefüges zu Gunsten des Bundes, zum anderen habe ein Rechnungshofbericht über die Salzburger Stadtwerke den Querverbund von gemeindeeigenen Unternehmen kritisiert. Nach Auffassung des Rechnungshofes sei es nur gerechtfertigt, Kosten, die mit der direkten Leistungserstellung in Zusammenhang stehen (z. B. Stromlieferung), in die Preiskalkulation einfließen zu lassen. Die Auswirkungen der bundesgesetzlichen Regelungen und die Kritik am finanziellen Querverbund haben nun zu der beabsichtigten Erhöhung der Gebrauchsabgabe geführt. (Schluß) sei/rr

Wiener Gemeinderat (1)

Konstituierung

Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Am Mittwoch trat der Wiener Gemeinderat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Nach der Angelobung der neuen Gemeinderatsmitglieder dankte Bürgermeister Dr. ZILK den ausgeschiedenen Mitgliedern des Gemeinderates und des Stadtsenates und würdigte die Tätigkeit sowie das Lebenswerk der vor kurzem verstorbenen Stadträtin Friederike SEIDL.

Anschließend wurden sechs Vorsitzende des Gemeinderates gewählt. Einstimmig fiel die Wahl auf die Gemeinderäte LUSTIG, Eveline ANDRLIK, OUTOLNY und DINHOF (SPÖ, 1., 2., 4. und 5. Vorsitzender) sowie DALLER und Dkfm. WÖBER (ÖVP, 3. und 6. Vorsitzender). Sodann wurden unter dem Vorsitz von Gemeinderat LUSTIG (SPÖ) die neun Schriftführer (6 SPÖ, 3 ÖVP) einstimmig gewählt.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK wurde mit 70 Stimmen in seinem Amt bestätigt.

Der Gemeinderat beschloß einstimmig, die Zahl der Stadträte mit 14 festzulegen. Die SPÖ-Kandidaten (Helmut BRAUN, Rudolf EDLINGER, Johann HATZL, Hans MAYR, Dr. Ursula PASTERK, Günther SALLABERGER, Ingrid SMEJKAL, Christine SCHIRMER und Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER) wurden mit 70 Stimmen, die ÖVP-Kandidaten (Dr. Erhard BUSEK, Ing. Günther ENGELMAYER, Maria HAMPEL-FUCHS und Wilhelm NEUSSER) mit 39 Stimmen und der FPÖ-Kandidat (Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ) mit 69 Stimmen zu Stadträten gewählt. Bei der Wahl der Vizebürgermeister entfielen 63 Stimmen auf Hans MAYR, Ingrid SMEJKAL wurde mit 62 Stimmen gewählt.

Die Verwaltungsgruppen und die Zuordnung zu Amtsführenden Stadträten (sie werden ausschließlich von der SPÖ gestellt) wurden mit den Stimmen der SPÖ beschlossen.

- Die Geschäftsgruppe **Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal** wird von Günther SALLABERGER verwaltet werden,
- **Finanzen und Wirtschaftspolitik** von Hans MAYR,
- **Bildung, Jugend, Familie und Soziales** von Ingrid SMEJKAL,
- **Kultur** von Dr. Ursula PASTERK,
- **Gesundheits- und Spitalswesen** von Dr. Alois STACHER,
- **Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst** von Christine SCHIRMER,
- **Umwelt, Freizeit und Sport** von Helmut BRAUN,
- **Wohnbau und Stadterneuerung** von Rudolf EDLINGER,
- **Verkehr und Energie** von Johann HATZL.

Regierungserklärung des Bürgermeisters

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK leitete seine Regierungserklärung mit einem Appell zur Zusammenarbeit ein und rief dazu auf, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen: „Ich will Bürgermeister aller Wiener sein, ich will allen jenen, die guten Willens sind, meine Hand in Freundschaft entgegenstrecken, um mit ihnen weiter und noch mehr für unsere herrliche Stadt zu arbeiten: Im Geiste der Zusammenarbeit, im Geiste der Vorurteilslosigkeit, aus dem Geist der Liebe zu Wien! Damit möchte ich die große, ja historische Linie der Bürgermeister vor mir fortsetzen. Es war der Geist der Gemeinsamkeit, der unsere Stadt aus den Ruinen des Jahres 1945 wiedererblühen ließ. Gerade angesichts des bevorstehenden Trauergedenkens an das Jahr 1938 sollten wir uns diesen Geist der Gemeinsamkeit zum Vorbild nehmen.“

Im weiteren ging der Bürgermeister auf die relativ hohe Wahlenthaltung bei den letzten Wiener Gemeinderatswahlen ein. Er habe noch in der Wahlnacht eine Untersuchung in Auftrag gegeben, um die Gründe für die Wahlenthaltung wissenschaftlich zu ermitteln. Anhand der Ergebnisse dieser Studie werde man einen Maßnahmenkatalog erarbeiten, um „möglicherweise stabilitätsgefährdenden Tendenzen“ entgegenzuwirken.

Die künftige Regierungsarbeit müsse, so Zilk, von einer Reihe von Wertvorstellungen geleitet werden. Im Mittelpunkt der Arbeit stehe der Mensch: „Die Freiheit des Menschen, seine Würde, seine soziale Absicherung, werden der Maßstab unserer Arbeit sein. Nicht der Mensch soll verstaatlicht, sondern die Stadt soll vermenschlicht werden.“ Daher dürfe auch die Verwaltung nicht Selbstzweck sein. „Wenn wir den Menschen in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen, dann muß das eine klare Absage an die Gängelung des Menschen durch Institutionen sein. Der durch Institutionen entmündigte Bürger — das wäre ein Zerrbild eines Zukunftsprogrammes für Wien.“ Dazu gehöre aber auch der Kampf gegen die Parteibuchwirtschaft. „Ich erneuere hier meinen Appell an alle Parteien, mit dieser Unsitte der Vergangenheit Schluß zu machen“, betonte der Bürgermeister.

Zum „Phänomen Stadt“ sagte Zilk, die Städte seien heute die Zukunftsträger ihrer Länder geworden. Alle wichtigen politischen Entwicklungen seien in den Städten „vorweggedacht“ worden. Gleichzeitig gäbe es kein Gebilde, das so verletzlich wie das der Stadt ist. In diesem Zusammenhang appellierte Zilk — auch in seiner Eigenschaft als Präsident des Österreichischen Städtebundes — an alle Politiker, insbesondere jene des Bundes: „Bewahren wir uns dieses Juwel Stadt, das Zukunftsmodell unseres Landes, und garantieren wir ihm seine Lebensgrundlagen. Wer die Zukunft unserer Stadt gefährdet, zerstört die Zukunft eines ganzen Landes.“

Wien habe in einer Zeit des internationalen Niedergangs vieler Millionenstädte seine Position als Ausgangspunkt geistiger Innovation zurückerobert. „Wien ist heute sicher eine jener Metropolen, von der ein Umkehrtrend der Städte ausgegangen ist“, meinte Zilk. In Wien sei es in den letzten Jahren mehr als anderswo gelungen, Visionen zu verwirklichen, wie etwa den Weg zur „Umwelt-Musterstadt“. Wien sollte diese ehrgeizige Herausforderung ausweiten und „Musterstadt“ auch auf anderen Gebieten werden. Wien sollte, so Zilk, Musterstadt werden im Sinne einer „optimal bürgerfreundlichen Verwaltung; einer Familienpolitik, die das 'Ja zum Kind' wieder in den Mittelpunkt stellt; Musterstadt des Sozial- und Krankwesens; Friedensmusterstadt; Musterstadt der Kreativität und des Leistungswillens; Musterstadt der Sicherheit und der Sauberkeit.“

Zilk umriß die bisherigen Erfolge der „Umweltmusterstadt Wien“ und wies dabei auf die niedrigen Smogalarmwerte in Wien, auf die Zusammenarbeit mit Niederösterreich auf den Gebieten der Weltausstellung, des Eisenbahnverkehrs oder auch der Entsorgung und auf die Senkung des SO₂-Ausstosses und der NO_x-Emissionen bei den Wiener Kraftwerken hin. Für die Zukunft kündigte Zilk besondere Bemühungen um die verbesserte Koordination der Umweltpolitik und um eine integrierte Umweltplanung an. Zilk sprach sich auch für das Verursacherprinzip und damit für die Einbindung des Bürgers in die Umweltverantwortung aus und führte dabei die Reduzierung von Einzelofenheizungen und den nachträglichen Einbau von Katalysatoren in Autos an. Darüber hinaus gelte es, dem öffentlichen Verkehr weiterhin im Sinne einer menschengerechten Stadt den Vorrang zu sichern, wenn auch das Auto seinen Platz in Wien haben solle. Weitere Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Abgas- und Lärmbelastung in Wohngebieten zu reduzieren. Im Bereich „Müll und Entsorgung“ wies Zilk auf die im nächsten Jahr kommende flächendeckende Mülltrennung in ganz Wien und auf die an den Bund gerichtete Forderung nach dem Verbot von Treibgasen hin. Das Wiener Trinkwasser werde in Zukunft fast aus-

Forts. von Blatt 2653

Forts. auf Blatt 2655

schließlich aus Gebirgsquellen kommen, die ohnehin gute Grünversorgung der Stadt noch weiter verbessert werden.

Als Voraussetzung für diese ökologischen Zielsetzungen nannte Zilk das ökonomische Funktionieren der Stadt. Die drei großen Aufgaben der Finanzpolitik seien eine neue Wohnbauförderung mit einer Umstellung auf eine direkte Förderung, ein neues Finanzierungssystem für das Gesundheitswesen und die Wahrnehmung der Interessen Wiens im gesamten Staatsgefüge, womit Zilk eine Reform des Finanzausgleiches zugunsten Wiens ansprach, da derzeit Mittel in Milliardenhöhe aus Wien in andere Bundesländer abfließen. Zilk wies auf die wirtschaftlichen Erfolge der Wiener Holding hin und bezeichnete es als Notwendigkeit, die Attraktivität der gesamten Ostregion als Wirtschaftsstandort im europäischen Rahmen zu steigern. Die Wirtschaftspolitik der Stadt müsse dazu beitragen, Wiens touristische Attraktivität zu wahren und die Stadt zugleich für moderne Industrietechnologien attraktiv zu machen. Schließlich sei auch die Versorgungssicherheit der Bürger mit kommunalen Leistungen zu garantieren. In bezug auf die Arbeitsmarktsituation bemerkte der Bürgermeister, daß der derzeitige Stand der Arbeitslosigkeit zwar unter internationalen Werten liege, aber dennoch zu hoch sei, um zufrieden zu sein. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müßten in Zukunft vor allem Überlegungen hinsichtlich der Berufsberatung und noch bessere Qualifizierungsmöglichkeiten wie auch eine Diskussion über den Begriff der Zumutbarkeit von Arbeit einschließen.

Als Musterstadt im Sinne des freien mündigen Bürgers solle Wien auch eine Stadt der Mitbestimmung in allen Planungsfragen werden. Zilk nannte hier den Gürtel, die West- und die Südeinfahrt, die Neuerung des Eisenbahnverkehrs in Wien und die Ausgestaltung des Donauraumes. In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, daß die Donauraumkommission einstimmig die Stauhaltung der Donau im östlichen Bereich Wiens als eine der zielführenden Möglichkeiten zur Erhaltung der Lobau und der Praterauen vorgeschlagen hatte. Nach Vorliegen aller Unterlagen solle auch hier die Bevölkerung befragt werden. Eine Absage erteilte Zilk in diesem Zusammenhang aber einem ausschließlich profitorientierten Bauen, das in Wien keine Chance mehr haben werde.

Zu einer Musterstadt gehöre auch die Abdeckung der dringenden Lebensbedürfnisse des Menschen, das Wohnen und die soziale Sicherheit. Auf Grund der besonderen Situation Wiens mit seinem alten Wohnungsbestand gelte es, der Stadterneuerung mit ihren Möglichkeiten der Schaffung von Wohnraum, aber auch von Arbeitsplätzen besonderen Platz einzuräumen. All das müsse unter Einbindung der betroffenen Menschen geschehen, wobei ein Mietermitbestimmungsstatut für die städtischen Wohnhäuser auch eine entsprechende Regelung auf Bundesebene für die Mieter aller anderen Wohnungen nach sich ziehen sollte. Zilk sprach allerdings auch auf diesem Gebiet die Eigenverantwortung des Bürgers und damit ein Zurücktreten der Institutionen im Bereich des Wohnungswesens an.

Auch im Sozial- und Gesundheitswesen solle der einzelne zu mehr Eigenverantwortung und damit zu gesunder Lebensführung animiert werden. Gleichmaßen sollen die Förderung der Krankenbehandlung außerhalb der Krankenhäuser und die verstärkte Kooperation aller im Gesundheitswesen Tätigen zur verstärkten Integration im Gesundheitswesen beitragen. Zilk wies auf die bevorstehende Fertigstellung des neuen AKH ab 1989, auf die Fertigstellung der 1. Baustufe des SMZ-Ost im Jahr 1992 und auf die richtungweisenden Modellversuche der Wiener Medizin, z. B. die Psychiatriereform, hin.

Wien sei, in der täglichen Praxis wie auch in der zukunftsweisenden Forschung, das medizinische Zentrum Österreichs.

Forts. von Blatt 2654

Forts. auf Blatt 2656

Als unabdingbar für die Gesundheit einer Stadt bezeichnete der Bürgermeister die gesunde Familie und damit eine Familienpolitik mit dem klaren Bekenntnis „Ja zum Kind“. Gerade auf diesem Gebiet soll die Zusammenarbeit aller entsprechenden Einrichtungen angestrebt werden, um Wien noch mehr zu einer familienfreundlichen Stadt mit einem Klima sozialer, mitmenschlicher Hilfe zu machen. Er freue sich, so Zilk, daß dieses Ressort, wie zwei andere, in den Händen von Frauen liege, und daß damit den Frauen der ihnen zustehende Platz im öffentlichen Leben geräumt worden sei.

Das gelte auch für den Kulturbereich, der in den kommenden Jahren im Zeichen von Toleranz und Liberalität und des Dialogs zwischen Kunst und Politik stehen solle. Als große konkrete Aufgaben im Kulturbereich nannte Zilk das zeitgeschichtliche Trauergedenken im Jahr 1988, den 50. Todestag von Sigmund Freud oder das Mozart-Jahr 1991 sowie die Projekte eines jüdischen Museums und neuer Ausstellungsmöglichkeiten in Wien bis hin zur Neugestaltung des Ronachers. Wien müsse auch in Zukunft eine Weltmetropole der Kultur bleiben.

Im Zusammenhang damit sei auch die Stadtaußenpolitik Wiens zu sehen, die Wien in Fortsetzung der bisher geleisteten Arbeit weiter als Ost-West-Begegnungsstätte ausbauen und zu einer weltoffenen Stadt mit geistiger Anziehungs- und Integrationskraft machen solle.

Abschließend bekannte sich Zilk zur Fähigkeit, mit konstruktiven Kompromissen eine Politik für alle Bürger zu machen. Die in Freundschaft ausgestreckte Hand, Fairness dem Andersdenkenden gegenüber, Verantwortung für den Mitmenschen, Fantasie für die Stadt und eben der Mut zum Kompromiß nannte der Bürgermeister als die Kriterien seiner persönlichen Ethik und seiner Arbeit in den kommenden Jahren im Dienste der Stadt Wien.

Debatte über Regierungserklärung des Bürgermeisters

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) stellte zur Regierungserklärung von Bürgermeister Dr. Zilk fest, daß die Freiheitliche Partei ihre Funktion als Kontrollpartei fortsetzen werde. Dies sei als Beitrag zum Funktionieren der Gemeindeverwaltung zu verstehen. In einer fairen Form und mit zusätzlichen Arbeitsmöglichkeiten wolle man außerdem Alternativen zur Diskussion stellen.

Als Schwerpunkte der Politik der Wiener Freiheitlichen nannte Dr. Hirnschall eine stärkere Einbindung der Bürger in Willensbildungsprozesse, den Abbau von Proporz und Parteibuchwirtschaft etwa im Schulbereich, wo jetzt wichtige Weichenstellungen dafür erfolgt seien. Die Bereitschaft des Bürgermeisters, gerade in diesem Bereich Schritte zu setzen, sei mit ein Anlaß für seine Wahl durch die Freiheitliche Partei gewesen, erklärte Dr. Hirnschall. Auch im Bereich des Wohnens sollte durch mehr Objektivierung und durch eine verstärkte öffentliche Kontrolle ein Mehr an Leistungsfähigkeit ermöglicht werden. Kritik übte Dr. Hirnschall am Alleingang des Bundes in einigen Planungsentscheidungen, weshalb zur Durchsetzung von Wiener Interessen der Weg der Gemeinsamkeit aller Parteien gegangen werden sollte, schloß Dr. Hirnschall.

Das Verhalten der FPÖ bei der heutigen Wahl Bürgermeister Dr. Zilks dokumentiere die neue Position der Freiheitlichen Partei, die sich damit als „stiller Teilhaber“ Zilks manifestiert habe, erklärte Stadtrat Dr. BUSEK (ÖVP) in seinem Debattenbeitrag zur Regierungserklärung. Man werde sehen, was die „Beteiligung“ bringe. Das Wahlergebnis der ÖVP habe Enttäuschung verursacht, die Entscheidung des Wählers sei aber zu akzeptieren. Die Niederlage seiner Fraktion habe viele Gründe gehabt, es sei jedoch unzweifelhaft, daß die niedrige Wahlbeteiligung insgesamt als Protestnote der Bevölkerung aufzufassen sei: ein Protest, der auf Erscheinungsbild

Forts. von Blatt 2655

Forts. auf Blatt 2657

und Darstellungsweise der Politik im allgemeinen reagiert habe. Es gelte deshalb, setzte Busek fort, gezielte Überlegungen anzustellen, was den derzeitigen „Happening-Charakter“ politischer Entscheidungen, die Plausibilität öffentlicher Einrichtungen und die Verlagerung von Entscheidungen aus dem Gremium Gemeinderat betreffe. Die Kommunalpolitik müsse größere Publizität im Wege besserer medialer Nutzung finden.

Die neue Legislaturperiode unterliege, führte Busek aus, geänderten Voraussetzungen. Man werde in einer „Zeit der knappen Mittel“ der Verschuldung Grenzen setzen müssen.

Der Grundsatz des „Gemeinwohls“ schein nicht mehr ausreichend vorhanden zu sein. Es stelle sich die Frage, inwieweit staatsbürgerliche Erziehung und politische Bildung bezüglich dieser Grundeinstellung des Zusammenlebens versagt hätten. Die Kommunalpolitik der Zukunft werde sich verstärkt mit Problemen der Wirtschaft im städtischen Bereich und mit der erhöhten Sensibilität der Menschen bezüglich ihrer Lebensgrundlagen befassen müssen. Fragen der Umwelt, sagte Busek, seien immer mehr zu existentiellen und grenzüberschreitenden Fragen geworden. Die Verantwortung der Politik dürfe nicht an bestimmten Grenzen enden.

Busek kündigte die Auflösung von Bereichskoalitionen dort an, wo die ÖVP in der Vergangenheit Entscheidungen mitgetragen und mitverantwortet habe, Mitgestaltung ihr aber verwehrt geblieben sei. Die ÖVP wünsche als konstruktive Opposition den Ausbau der Demokratie im Sinne der Glaubwürdigkeit zu beschleunigen.

Tendenzen wie z. B. die Abschaffung der Beteiligungskommission ließen verstärkte Sorge um Transparenz aufkommen. Zur „Parteibuchwirtschaft“ erklärte Busek, man werde ohne Kriterien der Objektivierung auf gesetzlicher Grundlage die erforderliche Transparenz nicht erreichen. Zum Schlagwort „Umweltmusterstadt“ urgierte Busek das Funktionieren kommunaler Einrichtungen.

Das „menschliche Kunstwerk“ Stadt, führte Busek aus, müsse in Politik und Verwaltung größere Anerkennung finden. Es gelte, die Auseinandersetzung mit dem Bürger zu verstärken und Bürgerrechte in den Vordergrund zu rücken.

Die geplante Weltausstellung könne, erklärte Busek, nur eine erste Latte für die großen Anstrengungen für eine strukturelle Verbesserung sein. Ziele und Kosten müßten aber baldigst fixiert werden. Wie auch hier lasse die Regierungserklärung Zilks die Aufarbeitung von punktuellen Problemen der Stadtpolitik, wie AKH, Müllproblem, Lärmschutzeinrichtungen und Konsumentenschutz vermissen. Auch der Bereich Stadtplanung und die Lösung der Probleme der Westeinfahrt, des Donauraums und der Bahn müßten auf präzisen ökonomischen, politischen und stadtplanerischen Voraussetzungen basieren. Die Stadterneuerung werde durch die Subjektförderung hoffentlich mehr auf die sozialen Voraussetzungen Einzelner und auf den Menschen als Mittelpunkt des städtischen Lebens eingehen. Die ÖVP werde einen Antrag zur Verankerung der Ehe und Familie in der Wiener Verfassung einbringen, kündigte Busek an. Im Kulturbereich müsse der lebenden Kunst Priorität eingeräumt werden, und Kreativität müsse bessere Voraussetzungen finden.

Seine Fraktion, schloß Busek, werde in der kommenden Legislaturperiode mehr „Wiener“ ÖVP sein, das Gemeinwohl und den Dienst am Bürger in den Vordergrund stellen und parteipolitische Gesichtspunkte diesen Kriterien unterordnen.

SPÖ-Klubobmann Dr. Hannes SWOBODA betonte, daß die SPÖ trotz des für sie positiven Wahlausganges keinen Alleinvertretungsanspruch erhebe. Sie wolle auch weiter mit den Oppositionsparteien zusammenarbei-

Forts. von Blatt 2656

Forts. auf Blatt 2658

ten. Die SPÖ sei aber fest entschlossen, die Ziele der Regierungserklärung konsequent zu verfolgen.

Zum Verhältnis zur ÖVP meinte Dr. Swoboda, daß in der Vergangenheit Gemeinsames erreicht worden sei, wie etwa der Wirtschaftsförderungsfonds und der Stadterneuerungsfonds. Zweideutiges Reden und Handeln der ÖVP habe aber zu Enttäuschungen geführt. Das Verhältnis zur FPÖ sei von einer gewissen Skepsis bestimmt, vor allem wegen Äußerungen des Freiheitlichen Bundesparteiobmannes. Dennoch biete die SPÖ beiden Oppositionsparteien die Zusammenarbeit und die Bereitschaft zum Gespräch an.

Zum Verhältnis zur Bundesregierung betonte Dr. Swoboda, es gelte, die Rechte der Wiener zu wahren. Das schließe aber das grundsätzliche Verständnis für bundespolitische Maßnahmen nicht aus. Allerdings verlange auch Wien vom Bund mehr Rücksicht auf Stadtbild und Architektur. Unverständlich sei ihm die Politik des Bundes im Zusammenhang mit dem Neubau der Veterinärmedizinischen Universität. Swoboda kam auch auf die jüngsten Studentenproteste zu sprechen. Es sei das natürliche Recht der Studenten, sich gegen Sparmaßnahmen zu wehren. Aber auch die Studenten müßten Kompromisse akzeptieren, und sie sollten sich selbst von Ausschreitungen deutlich distanzieren.

Vom Bund erwarte sich Wien die Einlösung von Vereinbarungen aus dem Koalitionsübereinkommen. Dazu zählen die Finanzierung der mobilen Krankenversorgung und die Verländerung der Mietzinsbildung. Verwirklicht worden sei bereits die Verländerung der Wohnbauförderung.

Sozialdemokratische Politik bedeute, die Herausforderung nach sozialen Gesichtspunkten zu gestalten. In diesem Zusammenhang verwies Dr. Swoboda auf die Problematik der Änderung der Ladenschlußzeiten. Er bedauerte es, daß sich die Sozialpartner nicht hatten einigen können. Deshalb mußte der Landeshauptmann von seinem Verordnungsrecht Gebrauch machen. Er hoffe aber, daß es im nächsten Jahr zu einer einvernehmlichen Lösung kommen werde. Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 14 Uhr für eine Sitzung des Landtages unterbrochen.

Forts. von Blatt 2657

Wiener Landtag

Konstituierende Sitzung

Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die um 14 Uhr unterbrochene Gemeinderatssitzung fand eine Sitzung des Wiener Landtages statt.

Zum 1. Präsidenten wurde Ing. Fritz HOFMANN (SPÖ) gewählt. Unter seinem Vorsitz fand dann die Wahl der beiden weiteren Landtagspräsidenten statt. Wie Hofmann einstimmig wurde Gertrude STIEHL zum 2. Landtagspräsidenten und Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN (ÖVP) zum 3. Landtagspräsidenten gewählt. Hofmann dankte den bisherigen Landtagspräsidenten Sallaberger und Hahn und forderte eine Hebung der politischen Kultur auch im neuen Landtag, wobei jeder Einzelne prüfen müsse, was er selbst dazu zu leisten imstande ist.

Anschließend wurden die von Wien in den Bundesrat entsandten Vertreter einstimmig gewählt. Es sind dies: Josef VELETA und Norbert TMEJ, beide SPÖ, Dkfm. Dr. Karl PISEC (ÖVP), Walter STRUTZENBERGER (SPÖ), Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Harald OGRIS (SPÖ), Rudolf SOMMER (ÖVP), Mag. Dr. Ernst Eugen VESELSKY (SPÖ), Albrecht KONECNY (SPÖ), Prof. Dr. Manfred MAUTNER-MARKHOF (ÖVP), Dr. Irmtraud KARLSSON (SPÖ), Dr. Heike SCHMIDT (FPÖ) und Anna Elisabeth HASELBACH (SPÖ).

Um 14.25 Uhr wurde die Landtagssitzung beendet. (Schluß) and/bs

Wiener Gemeinderat (2)

Budgetdebatte – Rede Vizebürgermeister Mayr

Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) beantragte die Genehmigung des Budgetvoranschlags der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1988 und des Gebührenprüfungsantrags sowie die Kenntnisnahme des Finanz- und Investitionsplanes 1988 bis 1992.

Mayr stellte fest, daß das Budget 1988 bei Einnahmen von 80,3 Milliarden Schilling Ausgaben von 87 Milliarden Schilling vorsieht. Die Abgang beträgt damit 6,7 Milliarden Schilling. Das Plus bei den Einnahmen liegt bei 3,9 Prozent, das Plus bei den Ausgaben bei 3,3 Prozent. Mayr bezeichnete das Budget als konjunkturpolitisches Instrument, was sich an der hohen Investitionsrate ablesen lasse. Die Investitionen von 13,2 Milliarden Schilling kommen sowohl der Infrastruktur der Stadt wie auch der Wirtschaft zugute, sagte Mayr. Von den Investitionen entfallen rund 4,9 Milliarden auf den U-Bahn-Bau, 2,7 Milliarden auf den Spitalsbau, 1,7 Milliarden auf den städtischen Wohnhausbau und 1,3 Milliarden auf die Ver- und Entsorgung.

Mit 836 Millionen sind die Bezirksbudgets dotiert, die es den Bezirken ermöglichen, selbständig ihren Aufgaben nachzukommen.

Mayr wies darauf hin, daß es bei der Budgeterstellung noch offene Fragen mit dem Bund — so im Bereich der Wohnbauförderung, des Krankenanstaltenszusammenarbeitensfonds und der Gehaltsverhandlungen mit den öffentlichen Bediensteten — gegeben habe. Alles in allem sei damit zu rechnen, daß sich aus diesen Positionen Verbesserungen für die Stadt Wien ergeben. Mayr betonte jedoch, daß längerfristig ein Abgang von 6 Milliarden für die Stadt Wien nicht zu verkraften sei. In diesem Sinne sei es auch notwendig, von Zeit zu Zeit Gebührenerhöhungen, wie im kommenden Jahr bei den Müll-, Wasser- und Kanalgebühren, vorzunehmen. Zum Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 1988 bis 1992 sagte Mayr, daß sich hier ein Schrumpfen des Spielraumes für Investitionen abzeichne. Es gelte, diese Herausforderung anzunehmen und die Prognose durch entsprechende Maßnahmen nicht zur Realität werden zu lassen.

Nach vier Jahren der Stabilität wird der Schuldenstand der Stadt Wien Ende 1987 voraussichtlich um 3,7 Milliarden Schilling auf 44,4 Milliarden Schilling ansteigen. In diesem Schuldenstand sind die Verbindlichkeiten der Wiener Stadtwerke, der Hoheitsverwaltung, des Wohnbaus und des Wasserwirtschaftsfonds bereits enthalten.

Die nachfragewirksamen Ausgaben des Budgets von 25,7 Milliarden Schilling bezeichnete Mayr als gutes Zeichen für die Leistungsfähigkeit der Wiener Wirtschaft. Insgesamt sei auch das Budget 1988 als Signal einer offensiven und zukunftsorientierten Politik zu sehen. Wien trage mit diesem Budget dazu bei, die Grundlagen für die weitere Modernisierung der Stadt zu schaffen. Die Stadt werde damit attraktiver, was sich nicht zuletzt auch an den jüngsten Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung ablesen lasse, schloß Mayr.

Generaldebatte Budget

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) stellte zu Beginn seiner Wortmeldung fest, daß die FPÖ auch Vorschläge zur Reform der Beratung des Budgets machen will. Dr. Hirschall brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, wonach der Voranschlag in einem eigenen, öffentlichen Budgetausschuß vorberaten werden soll. Er begründete den Antrag damit, daß der Voranschlagsentwurf unzureichend erläutert sei.

Hirschall stellte weiters fest, daß das Budgetdefizit praktisch unvermindert hoch sei und die Schulden in den nächsten Jahren steigen würden. Durch einen Verkauf von Vermögenswerten, Beteiligungen und der-

Forts. von Blatt 2658

Forts. auf Blatt 2661

gleichen könnte Kapital flüssig gemacht werden. Stattdessen werde eine „rücksichtslose Tarifpolitik“ betrieben. Obwohl die Müllgebühren erhöht und die Einheitswerte neu festgesetzt werden, werde der Spielraum für Investitionen, wie etwa die Weltausstellung, zunehmend kleiner. Dr. Hirschall brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, wonach die Planung und Vorbereitung einer Weltausstellung auf Basis einer Finanzierung durch private Sponsoren erfolgen soll.

Das Budget 1988 sei eine Fortschreibung der Politik der vergangenen Jahre, kritisierte GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP). Die Investitionsquote sei im Laufe der letzten Jahre deutlich gesunken. Das zeige sich vor allem bei Investitionen im Bereich der Ver- und Entsorgung. Dafür gebe es eine aggressive Gebührenpolitik bei Wasser, Abwasser und Müll, die weit über dem Verbraucherpreisindex liege. Besonders kritisierte Dr. Wöber die kalkulatorischen Kosten und kalkulatorischen Abschreibungen und stellte einen BESCHLUSSANTRAG, nach dem die Doppelverrechnung von Anlagekosten im Budget beseitigt werden solle. Den FPÖ-Antrag zur Installation eines Budgetausschusses wertete er positiv.

Die Abschaffung der Beteiligungskommission sei demokratiepolitisch bedenklich. Dieses taugliche Kontrollinstrument sei der SPÖ offensichtlich unangenehm gewesen. In einem weiteren BESCHLUSSANTRAG forderte Dr. Wöber, die Beteiligungskommission beizubehalten.

Wien habe in der österreichischen Wirtschaftslandschaft eine dynamische Leitfunktion. Bei den Exporten sei aber leider ein Defizit an mittlerer und höherer Technologie festzustellen. Als Chance für Wien bezeichnete der Redner den Städtetourismus, die Kulturpolitik und die Stadterneuerung.

Die ÖVP könne dem Budget 1988 nicht zustimmen, weil dieses von falschen und irreführenden Angaben ausgehe. Er sei aber überzeugt davon, daß eine konstruktive Oppositionspolitik der Volkspartei Wien nützen könne.

Das Budget 1988, erklärte GR. Ing. SVOBODA (SPÖ), stelle Weichen für die Zukunft Wiens. Es sei ein Budget, das von aktiver Arbeitsmarktpolitik, steigenden Investitionen und sozialer Ausgewogenheit gekennzeichnet sei, und es entspreche den Erfordernissen der Dezentralisierung sowie den wirtschaftlichen Gegebenheiten. Die Schwerpunkte des Budgets für das nächste Jahr liegen in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Spitalswesen, Wohnbau und Umweltschutz. Wien sei beim Finanzausgleich gegenüber anderen Bundesländern stark benachteiligt. Während jährlich rund 20,8 Milliarden Schilling von Wien an den Bund gingen, sei es nun fraglich, ob die Wien laut Schienenverbundvertrag vom Bund zustehenden 250 Millionen für den Wiener U-Bahn-Bau zur Verfügung gestellt werden. Die Wiener Leistungen im wirtschaftlichen, infrastrukturellen, sozialen und bildungspolitischen Bereich werden nicht ausreichend anerkannt und honoriert. Als Repräsentant Österreichs müsse Wien, unterstrich Svoboda, aber einen gerechten Anteil aus dem Finanzausgleich erhalten.

Svoboda forderte die Mandatare des Wiener Gemeinderates zu gemeinsamen verstärkten Bemühungen auf, die Interessen jener Stadt zu vertreten, in der rund 20 Prozent der österreichischen Bevölkerung leben und in der sich rund 25 Prozent der österreichischen Arbeitsplätze befinden. Wien habe, schloß Svoboda, für seine Aktivitäten und Leistungen, die auch im gesamtösterreichischen Interesse liegen, berechnete Forderungen anzumelden.

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) wandte sich in der Debatte gegen regionale und zeitlich begründete Ungerechtigkeiten bei der Grundsteuerbemessung. Sie wären zu erwarten, würde man den FPÖ-Forderungen folgen, sagte Mayr. Hinsichtlich der Weltausstellung sagte er, daß vor einer Diskussion der Kosten zuerst die Standortfrage zu klären ist. Die schleppe Abwicklung im Stadterneuerungsfonds sei dem von der ÖVP nomi-

Forts. von Blatt 2660

Forts. auf Blatt 2662

nierten und inzwischen ausgeschiedenen Direktor zuzuschreiben gewesen. Seit seinem Abgang habe der Fonds in einem Monat mehr geleistet als früher in einem Jahr.

Man müsse, führte Mayr weiter aus, auch zur Kenntnis nehmen, daß verschiedene begonnene Projekte fertiggestellt werden und daher nicht mehr im Budget aufscheinen. Daraus den Schluß zu ziehen, daß die Investitionen zurückgehen, sei ungerechtfertigt. Entschieden wandte sich Mayr gegen den Vorwurf, das Budget enthalte falsche und irreführende Erläuterungen und ging auf die Darstellung von Gebühren und kalkulatorischen Verzinsungen im Budget ein. Hinsichtlich der bevorstehenden Dezentralisierung deponierte Mayr, daß niemand in den Bezirksvorstellungen bei Vorliegen von Kompetenz und finanzieller Ausstattung Aufgaben an die Zentralverwaltung delegieren könne.

In einer zweiten Wortmeldung bezeichnete GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) Mayrs Ausführungen als „schöne Rhetorik“. Jeder Student müsse wissen, daß es einen Unterschied zwischen Kosten und Ausgaben gebe. Wöber erweiterte den von ihm eingebrachten Antrag um die Forderung, auch der Kontrollausschuß solle sich damit befassen.

Vizebürgermeister MAYR meldete sich nochmals zu Wort. Er verwies auf die Haushaltsordnung und warf Wöber vor, dieser ziehe für seine Argumentation einander widersprechende Grundlagen heran. Es sei keine „Flucht aus dem Budget“, wenn etwa die Tätigkeit des Wirtschaftsförderungsfonds aus dem Budget ausgegliedert sei, denn auf diese Weise sei eine Zusammenfassung von Aufgaben aus verschiedenen Dienststellen möglich geworden.

Budgetdebatte – Bildung, Jugend, Familie und Soziales

GR. Karin LANDAUER (FPÖ) sprach sich dafür aus, sozialpolitische Fragen nicht nur mittels finanzieller Mittel und kommunalorganisierter Maßnahmen lösen zu wollen. Die Rednerin wies darauf hin, daß viele ungelöste soziale Probleme auf Beziehungsdefizite zurückzuführen sind. Hilfe zur Selbsthilfe biete die Möglichkeit, in den verschiedensten Bereichen gefährdeten Menschen beizustehen. Die Rednerin forderte die verstärkte Förderung von Selbsthilfegruppen, um so der zwischenmenschlichen Solidarität zum Durchbruch zu verhelfen. Im besonderen setzte sie sich dafür ein, Jugendliche nicht zu überfordern und sie verstärkt zur Selbstständigkeit und damit zu mündigen Bürgern zu erziehen. Generell müsse Wien eine kinder- und familienfreundliche Stadt werden.

GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) meinte, daß die Stadt Kinder brauche, aber etwa die Richtsätze für entsprechende finanzielle Unterstützungen sehr unterschiedlich seien. Wenn der Stadt Ehe und Familie etwas wert sind, dann dürfe es keine „Zufallsgunst“ des Förderungssystems geben. Die Stadt müsse die Menschen zu Ehe und Familie ermutigen und eine entsprechende Bewußtseinsbildung auch durch ein Bekenntnis in der Stadtverfassung zum Ausdruck bringen. Dies sei in ähnlicher Form bereits in Vorarlberg, Tirol und Oberösterreich verwirklicht. Die Wiener Volkspartei werde daher im Wiener Landtag einen Antrag auf Verankerung von Ehe und Familie in der Stadtverfassung stellen. Damit verbunden seien Partnerschaftserziehung sowie ehvorbereitende und ehebegleitende Bildung. Mag. Petrik stellte außerdem fest, daß in Wien 185.000 Familien unter der Armutsgrenze von 5.000 Schilling leben. Insbesondere für die Kinder sei ein finanzielles Existenzminimum und eine entsprechende Tarifgestaltung zu fordern.

Die soziale Sicherheit war in Wien nie in Frage gestellt, sagte GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ). Nur Selbsthilfe allein könne aber die Sozialhilfe nicht ersetzen. Das Sozialbudget sei eine große Herausforderung. Wien soll und muß eine soziale Stadt bleiben, das zeigt sich bei der Erhöhung dieses Budgetkapitels um 2,8 Prozent.

Forts. von Blatt 2661

Forts. auf Blatt 2663

Die Grundsätze von Julius Tandler, vor mehr als 50 Jahren aufgestellt, gelten auch heute noch. Allen sozial Schwachen müsse geholfen werden. Dazu werde ein Mehr an Solidarität, nicht nur im materiellen Bereich, sondern auch in den Herzen der Menschen benötigt. Weiters sprach sich Erika Stubenvoll gegen die Diskriminierung von Randgruppen aus. Leider würden diese in Klischees häufig verzerrt dargestellt.

Zur Forderung nach einer Verankerung von Ehe und Familie in der Landesverfassung sagte Erika Stubenvoll, es genüge nicht das Bekenntnis allein, sondern es müsse die nötige Hilfe angeboten werden. Eine derartige gesetzliche Regelung würde lediglich eine Diskriminierung des Einzelnen in der freien Wahl seiner Lebensgestaltung bedeuten. Und gerade weil Ehe und Familie den Wiener Sozialisten so wichtig seien, gebe es die Familienberatungen und die zahlreichen Hilfen für Familien.

Einen Exkurs in die bundespolitische Bildungssituation unternahm GR. GINTERSDORFER (FPÖ). Die negative Entwicklung der Bildungspolitik auf Bundesebene dürfe gerade in Wien nicht hingenommen werden und unkritisiert bleiben. Man habe den positiven Trend zu weniger Schülern durch Sparmaßnahmen umgedreht und praktiziere „Rasenmähermethoden“ im bildungspolitischen Bereich. Die Einschränkungen bei Freigegegenständen und unverbindlichen Übungen, die Zusammenlegung von Klassen und das ungelöste Problem der Begabungsförderung dürfe im Interesse der Wiener Kinder nicht einfach akzeptiert werden. Vor allem für Wien als Schulstadt und Bildungszentrum bedeute diese Entwicklung auf Bundesebene einen echten pädagogischen Rückschritt.

Zwei Drittel der jungen Wiener Wähler, erklärte GR. Dr. SALCHER (ÖVP), seien bei der Wiener Wahl „politisch ausgestiegen“. Es gebe zur Nachdenklichkeit Anlaß, daß politische Entscheidungsträger und die jungen Menschen dieser Stadt offensichtlich keine gemeinsame Sprache gefunden hätten. Man müsse Ideen und Initiativen entwickeln, um diese zwei Drittel junge Wiener, die allen politischen Parteien durch ihr Fernbleiben von der Wahl das Mißtrauen ausgesprochen hätten, zurückzugewinnen. Wien brauche „geistige Entpragmatisierung“, mehr Freiräume und Experimentierfelder für junge Menschen. Man müsse, erklärte Salcher, Problemlösungsstrategien entwickeln, um Freizeit bewältigen zu können und Stadtrandgebiete kulturell und infrastrukturell attraktiv zu gestalten. Konkret ging Salcher auf die niedrige Frequenz der Jugendzentren und die seiner Meinung nach an den Interessenten vorbeigeplante Jugendinformationsstelle ein. Man müsse mehr Vertrauen in die Fähigkeiten der Jugend entwickeln, überdimensionierte Einrichtungen einschränken und spontane Hilfe fördern. Jugendorientierte Kommunalpolitik müsse im Sinne der Eigenständigkeit junger Menschen einen Rückzug aus jenen Bereichen antreten, in denen Jugendliche selbst agieren könnten. Er wünsche sich, schloß Salcher, daß aktive junge Wähler bei der nächsten Wahl den Sieg über Nichtwähler davontragen.

GR. FAYMANN (SPÖ) vertrat die Ansicht, Polemik, etwa im Gemeinderat, bringe keine politisch interessierten Wähler. Die jungen Menschen müßten in die Gestaltung des Lebens in der Stadt einbezogen werden. Zur Ganztagschule bzw. einer ähnlichen Form der Betreuung der Kinder während des Tages sagte Faymann, es würden derzeit entsprechende Modelle erarbeitet und teilweise auch bereits erprobt. Die Öffnung höherer Schulen sei eine große Errungenschaft gewesen, dennoch bilde die Berufsschule ein wichtiges Fundament der Ausbildung, und sie dürfe nicht benachteiligt werden. Nur ein Bruchteil der Wiener Betriebe bilde Lehrlinge aus, und die Ausbildung sei nicht selten von geringer Qualität. Um den Anreiz für eine bessere Lehrlingsausbildung zu schaffen, sollte, so Faymann, ein Berufsbildungsfonds geschaffen werden. Abschließend berichtete Faymann über die Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit und bekundete seine Überzeugung, daß Subventionen für die Jugendarbeit nicht eine Einflußnahme auf die Art der Tätigkeit einschließen dürfen.

Forts. von Blatt 2662

Forts. auf Blatt 2664

Forts. von Blatt 2663

Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL nahm zu verschiedenen von ihren Vorrednern aufgeworfenen Themen Stellung. Die Problematik des zwischenmenschlichen Beziehungsdefizits bezeichnete Smejkal als nicht immer beeinflussbar. Man sei jedoch bemüht, auch hier zu helfen. Im besonderen gebe es auch große Mittel für Selbsthilfegruppen. Die Stadt Wien setze auch vielfache Bemühungen zur Unterbringung der 500 bis 700 Wiener Obdachlosen. Allerdings gebe es — entgegen vielfacher Meinung — keine leerstehenden Häuser der Stadt Wien, um die Obdachlosen unterzubringen. Als besonders wichtig bezeichnete es Smejkal, Wien zu einer Stadt der Kinder zu machen. Hier gelte es vor allem, das entsprechende Klima weiter zu verbessern. Generell sei die Familie zu fördern, wobei die massive Hilfe in der Wirklichkeit des Lebens entscheidend sei. Schließlich sprach sich Smejkal für den Gedanken der Ganztagschule aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß hier ein Kompromiß nahe an ihren Vorstellungen erreicht werde. Smejkal gab auch dem Wunsch nach einer zentralen Anlaufstelle für Jugendliche mit Problemen Ausdruck, wo diese ohne bürokratische Hürde Hilfe erhalten könnten.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) stellte fest, daß die „offene Schule“ im Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung verankert sei, sie sei keine „Erfindung“ der SPÖ. Vielmehr habe die Wiener ÖVP jahrelang vergebens die Tagesheimschule für Wien gefordert. Kürzungen im Schulbereich bedeuten darüber hinaus generell substantielle Gefahren für den Bildungsbetrieb. Dennoch seien in vielen Bereichen sinnvolle Einsparungen notwendig und möglich.

Budgetdebatte - Kultur

Die Öffentlichkeit sei heute der alleinige Mäzen der Kulturschaffenden, sagte GR. GINTERSDORFER (FPÖ). Daher trage die Politik viel Einfluß, Macht und Verantwortung. Die Kunst müsse sich frei, ohne jede ideologische Einschränkung, entfalten können. Dazu sei aber eine Durchschaubarkeit des Förderungssystems nötig. In einem Kunstförderungsgesetz müßten die Richtlinien für Subventionen festgelegt werden. In einem BESCHLUSSANTRAG forderte Gintersdorfer einen jährlichen Kunst- und Kulturförderungsbericht an den Gemeinderat.

Das liberale Kulturverständnis trete für die Freiheit der Kunst ein. Wo sich jedoch der Einzelne betroffen fühlt, müsse Kritik erlaubt sein. Das sei keine Einschränkung der Freiheit der Kunst.

Zum Theater an der Wien meinte Gintersdorfer, hier sei eine Erfolgsproduktion im Abziehbild-Verfahren übernommen worden. Es müsse die Möglichkeit gegeben werden, nicht nur etwas nachzuvollziehen, sondern Neues entstehen zu lassen. Die „Mac-Donaldisierung“ der leichten Muse schränke die Kreativität ein.

Die Freien Gruppen hätten eine wesentliche gesellschaftspolitische Bedeutung, und das Risiko für diese Subventionen sei gerechtfertigt.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) kritisierte das Fehlen von Konzepten für die Kulturpolitik. Er begrüßte die Bereitschaft der neuen Kulturstadträtin zur Zusammenarbeit, doch sei er angesichts des Budgets für 1988 skeptisch. Zu vermerken sei ein Rückgang bei der Forschungs- und der Studienförderung, bei der Kunstpflege und bei Einrichtungen für die Kulturpflege. Die Theaterförderung stecke in einer tiefen Krise, und eine große Entschuldungsaktion wäre notwendig. Die Struktur des Theaters der Jugend müßte überprüft werden, und ein Produktionsförderungsfonds für die darstellende Kunst wäre mit der Aufgabe einzurichten, Risikokapital für Produktionen bereitzustellen. Für das Ronacher finde sich im Budget nichts, und bei den Festwochen müsse eingespart werden. Für eine große Ausstellungshalle gebe es wohl Absichtserklärungen, aber keinen Niederschlag im Budget 1988. Gespart werde bei der Förderung kleiner Vereine, denen

Forts. auf Blatt 2665

nicht zuletzt mangels kostenloser Plakatflächen die Präsentation in der Öffentlichkeit schwer gemacht werde. Großinstitutionen erhielten jedoch immer mehr Mittel, wodurch der verfügbare Spielraum eingeengt werde. Dies sei nicht zuletzt ein Grund dafür, daß die ÖVP diesen Voranschlag ablehne.

Die Kritik der Opposition, sagte GR. Dkfm. AIGNER (SPÖ), betreffe keine Dinge inhaltlicher Natur, daß heißt der Programmgestaltung, sondern solche im formalen Bereich. Es gelte aber, bei einer Diskussion über das Wiener Kulturbudget nicht nur finanzielle Positionen, sondern vor allem das Klima, das die Stadt für kulturelle Entwicklungen und Initiativen biete, im Auge zu behalten. So sei die Kritik an einer Kürzung der Filmförderung gegenstandslos, da der Budgetansatz für die Jungfilmer-Förderung und die Viennale erhöht worden sei. Ein Zeichen für die zukunftsorientierte Arbeit in der Kulturpolitik sei auch, daß immer mehr internationale Produktionen Wien als Drehort frequentieren.

Die Zuwachsraten im Kulturbudget der Stadt Wien seien überaus erfreulich. Wenngleich man mit 1,4 Prozent Anteil am Gesamtbudget der Stadt Wien noch nicht zufrieden sein könne, so habe man nunmehr die Traumgrenze der „Wiener Kulturmilliarde“ mit dem Budget 1988 erreicht.

Aigner dankte dem ehemaligen Kulturstadtrat Franz Mrkvicka und zog Bilanz über wichtige kulturpolitische Weichenstellungen der letzten Legislaturperiode.

Kulturstadtrat Dr. Ursula PASTERK (SPÖ) betonte die Kontinuität der Kulturarbeit in Wien in Fortsetzung der Tätigkeit der Kulturstadträte Zilk und Mrkvicka. Pasterk nannte drei „Säulen“ der Kulturarbeit in Wien: die Wahrung der großen Traditionen der Kulturstadt Wien, ein umfassendes Kulturverständnis, das die Kultur im Alltagsleben und die Teilnahmemöglichkeit aller Bürger am Kulturleben einschließt, sowie die besondere Förderung des Zeitgenössischen in der Kultur.

Zum Bereich der Tradition zählte Pasterk auch die Identitätsfindung der Stadt über die Selbstdarstellung in großen Ausstellungen wie der kommenden Biedermeier-Schau. In diesem Zusammenhang nannte sie auch kommende Ausstellungen über Sigmund Freud sowie eine Mozart-Ausstellung im Mozart-Jahr.

Die Basiskultur sei auch als Sinnggebung für den Menschen zu verstehen. Der arbeitende Mensch habe das Recht der Partizipation an der Kultur und damit der sinnvollen Freizeitgestaltung und Ausfüllung seines Lebens.

Die besondere Ausrichtung auf die Gegenwartskultur schließlich sei für eine Kulturstadt unverzichtbar. Die Auseinandersetzung mit den zeitgenössischen Künstlern sei auch und gerade dann notwendig, wenn diese unbequem seien. Kunst, die keine Mühe mache, bewirke nichts.

Als wesentliches Kriterium der Kulturpolitik nannte Pasterk die Internationalisierung, wie sie etwa im Festival „Wien Modern“, in der Arbeit der Wiener Symphoniker als Orchester von Weltgeltung und bei den Wiener Festwochen als Treffpunkt der internationalen Kunst zu spüren sei. Wien müsse international und weltoffen, eine Begegnungsstätte zwischen Ost und West bleiben und in verstärktem Maß werden. Daß das — im besonderen auch bei den Festwochen — auch Geld koste, müsse man akzeptieren. Im Vergleich zu verschiedenen ausländischen Festivals seien die Wiener Festwochen nicht gerade hoch dotiert. Eine breite Palette wie das Tanzfest, das Freie-Gruppe-Fest oder das Avantgarde-Musik-Fest „Töne und Gegentöne“ dienen darüber hinaus der Illustration der vielfältigen, auch junge Kunst einbeziehenden Tätigkeit der Festwochen.

Der Sorge um das Gesicht der Stadt, das sich in den Altstadtbereichen zeige und das durch die Förderung der Stadt immer schöner werde, schloß

Forts. von Blatt 2664

Forts. auf Blatt 2666

Pasterk die Sorge um das geistige Antlitz der Stadt an. Es gelte, weiterhin um ein liberales Klima zu kämpfen, Kunst und Künstler als gesellschaftliche Seismographen ernst zu nehmen.

Als Defizit, das Wien gegenüber anderen Städten abzubauen habe, nannte Pasterk das Fehlen einer Kunsthalle. Mit der städtischen Ausstellungshalle im Messepalast sei hier ein erster Schritt getan, man dürfe jedoch das Ziel einer Halle für internationale Großausstellungen nicht aus dem Auge verlieren.

Im Bereich der Literatur nannte die Kulturstadträtin die Überprüfung des Stipendiums- und Preissystems als Ziel, wobei sie ein zweites großes Stipendium neben dem Canetti-Stipendium anstrebe. Weiters solle ein jährliches großes Symposium zu zeitgenössischen Themen auch hier Wiens internationalen Rang unterstreichen.

Zur Theatersituation bemerkte sie, daß diese generell durch ein Ansteigen der Fixkosten gekennzeichnet sei. Dies sei ein internationales Problem. Immerhin seien in Wien mit den Direktionen Schenk-Jungbluth in der Josefstadt, Weck bei den Vereinigten Bühnen, Emmy Werner als Hoffnungsträger des Volkstheaters und George Tabori, einem Glücksfall für den Kreis und darüber hinaus für die Stadt Wien, die Weichen in eine günstige Richtung gestellt.

Als Investitionen in die Zukunft der Stadt seien auch die Subventionen für die Freien Gruppen zu sehen. Hier gelte es die Subventionsmechanismen weiter zu verbessern und Vielfalt — was nicht immer Vielzahl bedeuten müsse — zu fördern.

Generell bemerkte Pasterk, daß ihre Aufgabe eine schwierige sei, daß sie damit eine große, aber schöne Verpflichtung übernommen habe. Sie werde sich bemühen, diese zum besten für das Kulturleben der Stadt Wien und für die Bürger Wiens zu erfüllen.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 22.30 Uhr unterbrochen, sie wird Donnerstag um 9 Uhr fortgesetzt. (Schluß) red

Forts. von Blatt 2665